

Zulassungsunterlagen

im Verfahren zur Grundstücksveräußerung

**für die Realisierung eines
Wohnquartiers in der Franz-Burkard-Straße
in der Stadt Bingen am Rhein**

Anlage 07 zur Auslobung

Bekanntmachungsversion Stand: 15.06.2022

Die Zulassungsunterlagen bestehen aus diesem Titelblatt sowie den Teilen:

A. Bewerbungsformular

B. Anlagen

Das Bewerbungsformular und die Formblätter des Anlagenteils sind vollständig und zutreffend auszufüllen (Auswahlfelder entsprechend anzukreuzen) und an allen dafür vorgesehenen Stellen zu unterschreiben.

Die Unterlagen sind im Zuge des Vorverfahrens bis zum 11.07.2022 per Mail an die Adresse bauamt@bingen.de einzureichen.

A. Bewerbungsformular

I. Ich/wir erklären als

EinzelbewerberIn

BewerberInnengemeinschaft

Zutreffendes ankreuzen

das in den Anlagen I,II, III, IV und V Angegebene als verbindlich und vollständig:

BewerberIn	<i>Vorname Name / Firma / Bürobezeichnung</i>	
Rechtsform		
	vertretungsberechtigt:	<i>Vorname Name</i>
Anschrift	<i>Straße, Hausnummer</i>	
	<i>PLZ Ort</i>	
	<i>Land</i>	
Telefon		
Telefax		
E-Mail		
Kontaktperson	<i>Vorname Name</i>	

Vorstehend sind die Daten des/der EinzelbewerberIn, bei BewerberInnengemeinschaft die Daten des zur Vertretung der BewerberInnengemeinschaft bevollmächtigten Mitglieds einzutragen. Weitere Angaben und Erklärungen in Bezug auf eine BewerberInnengemeinschaft erfolgen in der Anlage I.

II. Bestandteil der Bewerbung sind die folgenden Anlagen:

<input type="checkbox"/>	Anlage I Angaben und Erklärungen in Bezug auf eine BewerberInnengemeinschaft
<input type="checkbox"/>	Anlage II Nachweis des Eintrags im Handelsregister oder entsprechender Nachweis / Angaben in Bezug auf verbundene Unternehmen
<input type="checkbox"/>	Anlage III Eigenerklärung zu Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB
<input type="checkbox"/>	Anlage IV Bestätigung des Anteils an gefördertem Wohnraum nach LWoFG
<input type="checkbox"/>	Anlage V Finanzierungsbestätigung

III. Unterschrift

Nachstehend ist die Bewerbung von dem/der BewerberIn oder dem/der bevollmächtigten VertreterIn der BewerberInnengemeinschaft zu unterschreiben.

Ich/wir erklären die beigefügte Bewerbung für vollständig und verbindlich. Meine/unsere Angaben erfolgen nach bestem Wissen und Gewissen.

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung in der Bewerbung einschließlich aller Anlagen den Ausschluss von dieser Konzeptvergabe zur Folge haben kann.

Firmen-/ Bürostempel	<i>Ort, Datum</i>
	<i>(Unterzeichnende/r) Vorname Name in Reinschrift</i>
	<i>Unterschrift</i>

B. Anlagen zum Bewerbungsformular

gemäß Anlagenverzeichnis in Teil A, Seite 3

Die Anlagen sind sorgfältig zu prüfen, zutreffend und vollständig auszufüllen. Bei Auswahlmöglichkeiten ist das zutreffende Auswahlfeld anzukreuzen.

Bei Unterschriftsfeldern in der einzelnen Anlage sind diese Felder jeweils vollständig nach den in Kursivschrift gesetzten Vorgaben auszufüllen.

Soweit zusätzlich zu den Angaben und Erklärungen, die in die Anlagen einzutragen sind, die Vorlage von Nachweisen und Angaben auf Beiblättern gefordert werden, sind diese der jeweiligen Anlage anzufügen.

Angaben und Erläuterungen auf nicht geforderten zusätzlichen Anlagen der BewerberInnen bleiben bei der Prüfung des Bewerbungsformulars außer Betracht. Auf etwaige Unklarheiten, die nach Ansicht des/der BewerberIn dem Bewerbungsformular oder sonst den Ausschreibungsunterlagen anhaften, ist die verfahrensausführende Stelle unverzüglich hinzuweisen.

Anlage I

BewerberInnengemeinschaft

<input type="checkbox"/>	Teilnahme als EinzelbewerberIn <i>keine weiteren Einträge in der Anlage I</i>
--------------------------	---

<input type="checkbox"/>	Der BewerberInnengemeinschaft gehören folgende Mitglieder an:
--------------------------	--

1. Mitglieder der BewerberInnengemeinschaft

Mitglied A	<i>Vorname Name / Firma</i>	
Rechtsform		
	vertretungsberechtigt:	<i>Vorname, Name</i>
Anschrift:	<i>Straße, Hausnummer</i>	
	<i>PLZ Ort</i>	
	<i>Land</i>	
Telefon		
Telefax		
E-Mail		

Konzeptvergabeverfahren Grundstücksvergabe
Franz-Burkard-Straße Bingen am Rhein

Mitglied B	<i>Vorname Name / Firma</i>	
Rechtsform		
	vertretungsberechtigt:	<i>Vorname, Name</i>
Anschrift:	<i>Straße, Hausnummer</i>	
	<i>PLZ Ort</i>	
	<i>Land</i>	
Telefon		
Telefax		
E-Mail		

Mitglied C	<i>Vorname Name / Firma</i>	
Rechtsform		
	vertretungsberechtigt:	<i>Vorname, Name</i>
Anschrift:	<i>Straße, Hausnummer</i>	
	<i>PLZ Ort</i>	
	<i>Land</i>	
Telefon		
Telefax		
E-Mail		

Konzeptvergabeverfahren Grundstücksvergabe
Franz-Burkard-Straße Bingen am Rhein

Mitglied D	<i>Vorname Name / Firma</i>	
Rechtsform		
	vertretungsberechtigt:	<i>Vorname, Name</i>
Anschrift:	<i>Straße, Hausnummer</i>	
	<i>PLZ Ort</i>	
	<i>Land</i>	
Telefon		
Telefax		
E-Mail		

2. Die oben benannten Mitglieder der BewerberInnengemeinschaft erklären:

Bevollmächtigter VertreterInnen der BewerberInnengemeinschaft

Das Mitglied

<i>Vorname Name / Firma / Bürobezeichnung</i>

wird zur Vertretung der BewerberInnengemeinschaft in dem vorliegenden Konzeptvergabe-
verfahren bevollmächtigt.

*Der vorstehende Eintrag muss mit dem Eintrag für „BewerberIn“ im Bewerbungsformular (Teil A, Seite
2) übereinstimmen.*

*Auf der folgenden Seite sind die vorstehenden Angaben von allen Mitgliedern der BewerberInnenge-
meinschaft als BewerberInnengemeinschaftserklärung zu unterschrieben.*

Konzeptvergabeverfahren Grundstücksvergabe
Franz-Burkard-Straße Bingen am Rhein

Mitglied A	
<i>Ort, Datum</i>	<i>Stempel</i>
<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>	<i>Unterschrift</i>

Mitglied B	
<i>Ort, Datum</i>	<i>Stempel</i>
<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>	<i>Unterschrift</i>

Mitglied C	
<i>Ort, Datum</i>	<i>Stempel</i>
<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>	<i>Unterschrift</i>

Mitglied D	
<i>Ort, Datum</i>	<i>Stempel</i>
<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>	<i>Unterschrift</i>

Anlage II

Auszug aus dem Handelsregister/Nachweis des Herkunftsstaats

Angaben zu verbundenen Unternehmen

Bei BewerberInnenengemeinschaften ist für jedes Mitglied ein Exemplar dieser Anlage zu erstellen und darauf der Name des Mitglieds anzugeben.

**1. Der/die BewerberIn / das Mitglied der BewerberIn-
engemeinschaft ist eine juristische Person.**

ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>
<i>Der Handelsregisterauszug bzw. ein entsprechender Nachweis des Herkunftsstaats sind nach dieser Anlage beizufügen</i>	

2. Mein/unser Unternehmen gehört einer Gruppe verbundener Unternehmen an.

ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>
<i>Die Verknüpfung der Unternehmen ist auf einem zusätzlichen Beiblatt zu dieser Anlage darzulegen</i>	

Anlage III

Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Bei BewerberInnengemeinschaften ist für jedes Mitglied ein Exemplar dieser Anlage zu erstellen.

1. § 123 GWB lautet:

§ 123 Zwingende Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

(2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

1a) Erklärung des/der BewerberIn / Mitglieds der BewerberInnengemeinschaft:	
Ich/wir erkläre/n, dass in Bezug auf mich/uns ein Ausschlussgrund nach § 123 GWB nicht vorliegt	
Firmen-/ Bürostempel	<i>Datum</i>
	<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>
	<i>Unterschrift</i>

2. § 124 GWB lautet:

§ 124 Fakultative Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

Konzeptvergabeverfahren Grundstücksvergabe
 Franz-Burkard-Straße Bingen am Rhein

- c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

(2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.

2 a) Erklärung des/der BewerberIn / des Mitglieds der BewerberInnengemeinschaft:	
<input type="checkbox"/>	Ich/wir erkläre/n, dass in Bezug auf mich/uns ein Ausschlussgrund nach § 124 GWB nicht vorliegt
<input type="checkbox"/>	In Bezug auf die Ausschlussgründe des § 124 GWB teilen wir folgende/n Sachverhalt/e mit:
<p><i>Die verfahrensausführende Stelle wird hierzu ggf. weitere Überprüfungen vornehmen und Unterlagen anfordern. Täuschungsversuche können zum Verfahrensausschluss führen.</i></p>	
Firmen-/ Bürostempel	<i>Datum</i>
	<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>
	<i>Unterschrift</i>

Anlage VI

Bestätigung des Anteils an gefördertem Wohnraum nach LWoFG

Nachstehend ist die Bestätigung von dem/der BewerberIn oder dem/der bevollmächtigten VertreterIn der BewerberInnengemeinschaft zu unterschreiben.

Hiermit bestätige/n ich/wir, eine verbindliche Mindestquote von 25 v.H. des geplanten Wohnraums (BGF) zur Bereitstellung für sozial geförderten Wohnraum nach dem Landeswohnraumförderungsgesetz RLP – WoFG im Konzept vorzusehen.	
Firmen-/ Bürostempel	<i>Datum</i>
	<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>
	<i>Unterschrift</i>

Anlage V

Finanzierungsbestätigung

Nachstehend ist die Bestätigung von dem/der BewerberIn oder dem/der bevollmächtigten VertreterIn der BewerberInnengemeinschaft zu unterschreiben. Der Nachweis einer deutschen Bank ist auf einem zusätzlichen Beiblatt zu dieser Anlage darzulegen.

Der Nachweis einer entsprechenden Finanzierungsbestätigung über den Kaufpreis einer deutschen Bank ist im PDF-Format beizufügen.

<input type="checkbox"/>	Finanzierungsbestätigung liegt bei.
<input type="checkbox"/>	Finanzierungsbestätigung wird spätestens bis 05.08.22 nachgereicht. <i>Hinweis: Die o.g. Frist zur Nachreichung gilt ausschließlich für die Finanzierungsbestätigung, <u>nicht</u> für die anderen geforderten Zulassungsunterlagen. Ist die Finanzierungsbestätigung nicht spätestens bis zum o.g. Datum eingegangen, führt dies zum Ausschluss vom Verfahren.</i>

Firmen-/ Bürostempel	<i>Datum</i>
	<i>Unterzeichnende/r (Vorname Name in Reinschrift)</i>
	<i>Unterschrift</i>